

## Bombenfreund Frankreich

VON JOSEF JOFFE

Normalerweise sind deutsch-französische Gipfel Routineangelegenheiten; das ist ja auch das Ziel der halbjährlichen Konsultationen, wie sie seit Adenauers und de Gaulles Zeiten stattfinden. Gerade diese Routine soll das Besondere der Beziehung demonstrieren: den 'Schulterschuß', die 'Ehe', die 'Achse', wie es im Politiker- und Pressejargon heißt.

Das jetzige Treffen in Straßburg ist allerdings keine Routine. Zum erstenmal stört ein neuer, nichtgeladener Gast die alte Zweisamkeit. Aus der Innenpolitik kennen wir ihn seit Jahren: Er heißt 'Politik pur'; er bahnt sich seinen Weg an Abgeordneten und Ministern vorbei in die Öffentlichkeit; er fordert per Proklamation, Protest und Demonstration seinen Platz am Tisch der Mächtigen.

In diesem Fall ist es der lautstarke Aufschrei gegen die französischen Atomtests im Südpazifik. Und so fuhr Kanzler Kohl mit schwerem Extragepäck nach Straßburg. 'Nicht glücklich' sei man in Bonn über die Entscheidung, verkündet Außenminister Kinkel. Man werde die Sache zur Sprache bringen, sagt vorsichtig des Kanzlers Sprecher.

Helmut Kohl ist nicht zu beneiden. Er weiß, daß er in der ganzen Republik keinen (öffentlichen) Fürsprecher für die französischen Tests hat; überdies will er das grüne Wählerpotential nicht verschrecken, das weit über die Partei der Grünen hinausgeht. Auch hatte er sich im Kampf um Brent Spar eindeutig festgelegt: gegen Shell, gegen die Regierung Ihrer Majestät. Nur: So einfach ist es diesmal nicht.

Diesmal geht es nicht darum, einem angeschlagenen John Major noch einen weiteren Hieb zu versetzen; auch nicht darum, gegen eine potente, aber völlig isolierte Ölfirma ins Feld zu ziehen. Diesmal geht es um Frankreich: den Nachbarn, den 'Tandem'-Fahrer, den 'Ehepartner', ohne den in Europa nichts geht. Und schon meldet sich der französische Botschafter in Bonn zu Wort. Erschreckt sei er über den 'verbissenen antifranzösischen Ton in manchen Medien'. Die Art der Diskussion, fügte er hinzu, 'könnte Rückwirkungen haben auf die allgemeine französische Stimmung, und alte Ressentiments könnten wieder aufleben'.

Das ist das Herz der Sache: Wie zwei gute Dinge in Einklang bringen - den mächtigen Anti-Atom- und Pro-Umwelt- Impuls hier, das nicht minder wichtige Interesse an der Freundschaft zu Frankreich dort? Natürlich wird der Kanzler die 'Sache zur Sprache bringen', wie es im vorsichtigen Diplomatendeutsch heißt, aber natürlich sind ihm auch Grenzen gesetzt, will er nicht aufs Spiel setzen, was so viele Kanzler und Präsidenten, ob linke oder rechte, in Jahrzehnten auf der Hinterlassenschaft der 'Erbfeindschaft' aufgebaut haben.

Man kann es auch allgemeiner ausdrücken. Gruppen wie Greenpeace bewegen sich praktisch in einem anderen politischen Universum als die gewählten Politiker. Die ersten können, ja müssen nur für das eine kämpfen: Das ist ihr Daseinszweck - und nicht das sorgfältige Austarieren von Werten und Zielen. Greenpeace und Atomfeinde sind nicht für das 'Ja, aber' oder 'Sowohl-Als-auch' zuständig. Wohl aber die gewählten Repräsentanten: Sie können nicht zuspitzen, sie müssen integrieren - sie müssen abwägen und ausgleichen. Der Kompromiß, der 'faule', unbefriedigende, ist das leidige Geschäft der repräsentativen Demokratie. Doch ein anderes gibt es nicht.

Gewiß, nimmt die 'offizielle' Politik die Strömungen von unten nicht wahr, brechen diese sich Bahn. Das ist das notwendige, unverzichtbare Korrektiv. Aber das eigentliche Anliegen der Demokratie wird dadurch nicht außer Kraft gesetzt. Es muß trotzdem das eine Gut mit dem widerstreitenden in Einklang gebracht werden. 'Wirte gegen Chirac' mögen ihren Gästen den Courvoisier verweigern; vielleicht verdienen sie sogar noch am Zulauf der frankreichkritischen Biertrinker. Wir alle mögen unseren Abscheu kundtun, indem wir in diesem Sommer die Charente zugunsten der Toskana meiden. Das ist unser gutes Recht.

Doch die Politik, die muß mit mehr als nur einer Kugel jonglieren. Frankreich vorführen, unter massiven Druck setzen? Die Wetten stehen nicht gut, daß die Grande Nation dann die Atomtests im Pazifik absetzt. Frankreich ist gegenüber Amerika und Rußland im technologischen Rückstand; um seinen Großmachtstatus zu wahren, will es neue Atomwaffen entwickeln, und das funktioniert nicht per Computer oder Simulation.

Dagegen protestieren? Ja. Das Verhältnis Bonn-Paris dabei aufs Spiel setzen? Da möge man das leidige Geschäft aller Politik nicht aus den Augen verlieren: den Widerstreit der Werte. Die Bundesrepublik braucht Frankreich, um das europäische Werk voranzutreiben - von der Währungsunion bis zur EU-Erweiterung. Sie braucht Frankreich als verlässlichen Partner in der Außen- und Sicherheitspolitik. Es wäre nicht leicht, Frankreich zu einer Sicherheitspolitik zu drängen, die uns gefällt ('Blauhelme bloß nicht aus Bosnien abziehen') - und ihm gleichzeitig eine Politik zu verwehren, die uns mißfällt ('weg mit der Bombe').

Dies zu bedenken, ist notabene nicht Aufgabe von Greenpeace und Bürgergruppen. Aber der Kanzler als Repräsentant des nationalen Interesses muß sehr wohl mehrere Bälle in der Luft halten; das ist die Aufgabe aller Außenpolitik. Greenpeace, Grüne und 'Wirte gegen Chirac' sind wichtige Stimmen; der Chor aber muß ein komplizierteres Lied singen.